

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg

am Freitag, 28.09.2007, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebir, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Mertins, Meyer, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk

CDU: Ackermann, Gottschlich, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Oppermann, Pfalz, Dr. Pötter, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Scherer, Prof. Dr. Simon, Stompfe, Vaupel, Dr. Wulff

GRÜNE: Dr. Baumann, Busch, Dorn, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Pistor, Schäfer, Dr. Therre-Staal, Weber-Hofmann

Marburger Linke: Adsan, Gottschaldt, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Schäfer

FDP: Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel

MBL: Ludwig, Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadträtin Dr. Amend-Wegmann
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadtrat Reinhard
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel

Es fehlten entschuldigt:

Stadtrat Biver, Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek und die Stadtverordneten Lohse (CDU), Mehnert (CDU), Metz (Marburger Linke)

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 17:09 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt besonders die neue Stadtverordnete Johanna Busch (Bündnis 90/Die Grünen), die für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Jürgen Markus nachgerückt ist und wünscht für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

Ferner weist der Stadtverordnetenvorsteher auf den ausgelegten Sitzungskalender 2008 hin, der in dieser Form durch den Ältestenrat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen wurde.

zu 2 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. August 2007 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche werden aus dem Hause nicht vorgetragen. Somit ist die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 **Ergänzungen der Tagesordnung**

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt einen Überblick über die Tagesordnung und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen.

Für die heutige Tagesordnung liegen zwei Dringlichkeitsanträge vor.

1. Dringlicher Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Institut für Politikwissenschaft der Universität VO/1761/2007

Der Antrag liegt allen Stadtverordneten vor.

Die Stadtverordnete Dorn (Bündnis 90/Die Grünen) begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Anerkennung der Dringlichkeit abstimmen.

Die Dringlichkeit wird unterstützt durch die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Marburger Linke. Damit ist das von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Quorum von 2/3 des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage (Anlage) kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

2. Dringlicher Antrag der MBL betr. Rübenstein 5 VO/1778/2007

Die Dringlichkeit wird zusätzlich mündlich begründet durch den Stadtverordneten Ludwig (MBL). Für den Magistrat spricht der Bürgermeister. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen).

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, FDP, MBL und der Marburger Linken die Dringlichkeit. Damit ist die erforderliche Mehrheit jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Auch dieser Dringlichkeitsantrag liegt allen Stadtverordneten vor und wird der Niederschrift beigelegt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt insofern als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr. 1 9/2007) Vorlage: VO/1737/2007

Wie steht der Magistrat einerseits zu dem am 21. August von der Oberhessischen Presse berichteten Umstand, dass ein Polizeihelfer deshalb aus dem Dienst entlassen wurde, weil er im Haus der Burschenschaft Rheinfranken an einer Veranstaltung mit dem Rechtsextremisten Schönhuber teilgenommen hatte, und andererseits dazu, dass die Rheinfranken, neben der Normannia-Leipzig und der Germania immer noch am alljährlichen Marktfrühschoppen teilnehmen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zur Frage Teil 1:

Der angesprochene Polizeihelfer stand nicht im Dienst der Stadt Marburg. (Im Herbst 2004 beschloss das Stadtparlament die Kosten für eine Fortführung des freiwilligen Polizeidienstes nicht zu übernehmen.) Insofern ist der Magistrat über die Entlassung ebenfalls nur aus der Presse informiert.

Zur Frage Teil 2:

Das Stadtparlament hat in seiner letzten Sitzung den Magistrat beauftragt mit der Studierendenvertretung, dem Ausländerbeirat sowie den Stadtteilgemeinden Gespräche über ein zukunftsfähiges Konzept zur Fortführung des Marktfrühschoppens zu führen. Die Teilnahme der in der Frage erwähnten Burschenschaften

wird in diesen Gesprächen sicherlich auch ein Thema sein.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.2 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sabine Pistor (Nr. 2 9/2007)
Vorlage: VO/1738/2007**

Ist es möglich festzustellen, ob die Angebote von FIM in Marburg zur individuellen Beratung von Prostituierten und deren Anliegen von diesem Personenkreis angenommen werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Schon in der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde durch die Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel einiges dazu gesagt.

Die beiden FIM-Mitarbeiterinnen sind regelmäßig „vor Ort“, d.h. sie besuchen die Bordelle in Marburg. Dadurch ist es ihnen gelungen, Kontakte zu Prostituierten herzustellen. Die Beraterinnen haben vor Ort mehrere Beratungsgespräche geführt. Die Beratungen erstrecken sich im Wesentlichen auf die Themen Gesundheit, sexuell übertragbare Krankheiten, selbstständiges Arbeiten, Steuern, Ausbeutung, aufenthaltsrechtliche Fragen, Zeugenschaft und Ausstieg aus der Prostitution.

Die Mitarbeiterinnen von FIM werden in der Sitzung der Gleichstellungskommission am Mittwoch, 07. November um 17:00 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal über ihre Arbeit in Marburg berichten. Interessierte Stadtverordnete sind herzlich eingeladen zu diesem Termin zu kommen.

In der Frauengesundheitswoche werden die Mitarbeiterinnen von FIM am Mittwoch, 14. November um 19:00 Uhr im Historischen Rathaussaal zur Gesundheitssituation von Prostituierten und zu Zwangsprostituierten einen Vortrag halten.

Auch hierzu sind interessierte Stadtverordnete herzlich eingeladen.

**zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Prof. Dr. Babette Simon (Nr. 3 9/2007)
Vorlage: VO/1739/2007**

Kinderkrippen, Kindertageseinrichtungen und Kindergärten haben einen umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag, der sich gleichermaßen an Mädchen und Jungen richten soll. Da die beiden Geschlechter verschiedene Bedürfnisse haben, die bei der Betreuung angemessen berücksichtigt werden müssen, sind gemischtgeschlechtliche Teams in den Kindertageseinrichtungen wünschenswert.

In welchem Maße wird dies in den Marburger Einrichtungen realisiert, und welche Handlungsnotwendigkeiten sieht der Magistrat, wie mehr Männer für diese pädagogische Arbeit gewonnen werden können?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Magistrat hält auch aufgrund des § 9 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes die Zielsetzung der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen durch gemischtgeschlechtliche Teams in den Tageseinrichtungen für wünschenswert und erforderlich. Um diesem Erfordernis Rechnung zu tragen, sind in städtischen Tageseinrichtungen männliche Fachkräfte eingestellt und werden bevorzugt bei Bewerbungen berücksichtigt.

Zurzeit arbeiten in den städtischen Tageseinrichtungen 5 Erzieher. Weitere männliche Bezugspersonen arbeiten als Praktikanten in den Tageseinrichtungen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass sich wenig Männer auf Ausschreibungen hin bewerben, obwohl die Ausschreibungen sich sowohl auf Erzieherinnen als auch Erzieher abgestimmt sind.

Wenn mehr Männer für die pädagogische Arbeit in den Tageseinrichtungen gewonnen werden sollen, muss die Eingruppierung der Fachkräfte angehoben werden, da von den derzeitigen Erzieherinnen-/Erziehergehältern keine Familie ernährt werden kann, so dass viele Erzieher in der Heimerziehung mit Zuschlägen arbeiten.

Diesbezüglich kann der Magistrat keine außertarifliche Regelung herbeiführen. Auch der Hinweis in den Ausschreibungstexten, dass Männer bevorzugt berücksichtigt werden, hat keinen Erfolg gezeigt.

zu 4.4 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Marianne Wölk (Nr. 4 9/2007)**
Vorlage: VO/1743/2007

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, warum das Einwohnermeldeamt der Stadt Marburg nicht an die behördenexternen Datenabfrage angeschlossen ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Mit der neuen Meldedatenübermittlungsverordnung ist auch in Hessen die Rechtsgrundlage für den automatisierten Abruf von Einwohnerdaten durch Gerichte und Staatsanwaltschaften geschaffen worden.

Die Stadt Marburg stellt wie alle hessischen Kommunen diesem Datenpool ihre Daten zur Verfügung und hat darüber hinaus in der Vorbereitungs- und Testphase aktiv an der Umsetzung der Schnittstelle mitgearbeitet.

Offensichtlich war der Zugriff für die Justizverwaltung bislang nicht frei geschaltet worden. Wir gehen aber davon aus, dass die verantwortlichen Rechenzentren dies inzwischen veranlasst haben bzw. umgehend tun.

zu 4.5 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 5 9/2007)**
Vorlage: VO/1740/2007

Könnte der Magistrat überprüfen, ob die Stadt am Erhalt der Firmenhallen Usbeck, Frauenbergstraße, interessiert wäre, um dort für einheimische Künstler Ausstellungsmöglichkeiten zu schaffen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Im Rahmen der Kunsttage Marburg-Biedenkopf 2007, die vom Kulturamt des Landkreises und der Stadt gemeinsam organisiert wurden, waren drei Hallenareale der ehemaligen Firma Monopol Usbeck bewusst nur temporär zu Ausstellungsflächen umfunktioniert worden.

Derzeit befindet sich das Areal inklusive Gebäuden in der Insolvenzverwaltung. Eine längerfristige Vermietung ist zurzeit ausgeschlossen, Verkaufsverhandlungen laufen. Um die Gebäude im jetzigen Zustand zu längerfristigen Ausstellungszwecken entsprechend herzurichten, bedarf es zahlreicher kostenaufwendiger Ein- und Umbauten:

- Es müssten eine funktionierende Stromversorgung sowie eine Heizungsanlage zur Winternutzung eingerichtet werden.
- Das Glasdach weist an zahlreichen Stellen Schäden auf, so dass ein Eintreten von Regen und Schnee gegeben ist und ein Ausstellungsbetrieb in den Wintermonaten nicht realisierbar ist.
- Derzeit laufen Untersuchungen bzgl. möglicher Bodenbelastungen, die sich aus der ehemaligen Industrienutzung ergeben und deren Ergebnis noch aussteht.

Das Hallenareal wird zudem nur als Ganzes vermietet zu einem Mietpreis von ca. 6.000 € im Monat. Darüber hinaus ist es derzeit nicht realisierbar, einen dauerhaften Ausstellungsbetrieb mit allen dazu gehörenden konzeptionellen und organisatorischen Arbeitsabläufen vor Ort aufzubauen.

**zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 6 9/2007)
Vorlage: VO/1744/2007**

Kann der Magistrat Auskunft geben zu welchen Ergebnissen das Gender Mainstreaming im Bereich Sport (Sportförderung) geführt hat?

Da die Fragestellerin noch nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming in die Stadtverwaltung einzuführen wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 26. Mai 2004 beschlossen.

Auf dieser Grundlage wurden vom Gleichberechtigungsreferat Daten aus dem Sportbereich erhoben, die in der Gleichstellungskommission im Juni 2005 diskutiert wurden.

Zunächst wurden die Mitgliedsstrukturen der örtlichen Sportvereine analysiert.

Die Auswertung ergab, dass Frauen in den Vereinen deutlich unterrepräsentiert sind. Zu beachten ist hierbei, dass der weibliche Mitgliederanteil bei den örtlichen Vereinen um bis zu 18% unter dem der Vereine in der Kernstadt liegt. Dennoch liegt die Quote in Marburg mit 40% der weiblichen Vereinsmitglieder über dem Bundesdurchschnitt, welcher nur 35% beträgt. Es gibt nur 19 Sportvereine mit überwiegend weiblichem Anteil, demgegenüber stehen 71 Vereine mit vorwiegend männlichem Mitgliederanteil.

Des Weiteren wurde festgestellt, dass der überwiegende Teil der finanziellen

Förderung (61%) männlichen Vereinsteilnehmern zugute kommt (Daten des Fachdienstes Sport 2003).

Die Empfehlungen, die für den Fachdienst Sport ausgesprochen wurden z.B. den Anteil der Frauen in den Vorständen der Sportvereine oder in der Ausbildung zu erhöhen, ist ein mittel- und langfristiges Ziel.

Aus Sicht des Fachdienstes Sport kann nicht darüber berichtet werden, dass es in allen Bereichen des Sports konkrete Ergebnisse gäbe.

Im Bereich des stark männlich besetzten Fußballsports zeichnen sich diesbezüglich konkrete Ergebnisse ab.

So wurde im Verein Sportfreunde Blau-Gelb Marburg in diesem Jahr eine Damen-Fußball-Abteilung gegründet, die an den Ligaspielen mit zwei Mannschaften teilnimmt und der SV Bauerbach hat vor wenigen Tagen mitgeteilt, dass er zur neuen Runde eine Damen-Jugendmannschaft angemeldet habe.

Hinzuweisen ist auch auf da Mädchen Basketball Leistungszentrum Marburg e.V., das im April 2006 gegründet wurde. Das Zentrum hat das Ziel, förderungswürdige junge Basketballspielerinnen sportlich und schulisch zusätzlich zu Mannschaftstraining zu betreuen und an die nationale Leistungsspitze heran zu führen.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

zu 4.7

**Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 7 9/2007)
Vorlage: VO/1745/2007**

Kann der Magistrat Auskunft geben, welche Aktivitäten zum Girls Day und Boys Day das nächste Mal geplant sind und von wem?

Da die Fragestellerin noch nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Der nächste Girls Day wird am Donnerstag, den 24. April 2008 stattfinden. Junge Mädchen der Klassen 5 - 10 haben an diesem Tag Gelegenheit, in Berufe zu schnuppern, die bisher eher von Männern dominiert sind. Im Mittelpunkt steht das praktische Erleben der Schülerinnen. In Workshops und Aktionen können sich die jungen Frauen über eine breite Palette von Ausbildungsberufen informieren und Führungskräfte stellen sich an diesem Tag für Gespräche zur Verfügung. Innerhalb der Stadtverwaltung Marburg wird der Girls Day im nächsten Jahr zum 7. Mal durchgeführt für Töchter, verwandte oder bekannte Mädchen von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nach Ablauf eines bestimmten Anmeldezeitpunktes können sich dann auch weitere Marburger Mädchen über das Internet anmelden.

Im Jahre 2007 haben ca. 60 Mädchen am Girls Day teilgenommen, und zwar in folgenden Arbeitsbereichen:

- AquaMar
- Feuerwehr
- Theater
- Datenverarbeitung

- Medienzentrum
- Jugendförderung
- Gleichstellungsreferat
- Stadtbüro
- Gefahrenabwehr
- DBM
- Stadtkasse
- Vermessung
- Prüfungsamt
- Kultur
- Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadträtin

Im nächsten Jahr wird die Veranstaltung wieder geplant und durchgeführt von einem Organisationsteam der Jugendförderung und des Gleichstellungsreferates. Die Planungen und die gemeinsamen Abschlussaktionen des Tages (z. B. Kinobesuch) werden mit den Kolleginnen des Landkreises MR-BID abgestimmt.

Für 2008 wird sich zum ersten Mal ein Team von männlichen Kollegen der Jugendförderung und des Jugendbildungswerkes zusammenfinden, um Aktivitäten für Jungen am Girls Day/Boys Day zu kreieren und umzusetzen. Die Überlegungen werden sich zum Jahresende hin konkretisieren.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

zu 4.8 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 8 9/2007)**
Vorlage: VO/1776/2007

Kann der Magistrat Auskunft geben, ob er darüber informiert ist, dass die Bahnanbindung von und nach Kassel sowie von und nach Frankfurt sich seit der letzten Fahrplanumstellung vor allem in den Abendstunden deutlich verschlechtert hat und ob er sich für den neuen Fahrplan bei der Bahn bzw. dem RMV darum bemühen will, dass der überregionalen Bedeutung Marburgs durch eine verbesserte Zuganbindung wieder mehr Beachtung geschenkt wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat Ihr Anliegen schriftlich an den Rhein-Main-Verkehrsverbund herangetragen und um eine Verbesserung der Bahnverbindungen in den Abendstunden gebeten. Eine Stellungnahme des RMV ist bislang nicht eingegangen. Sobald dieses der Fall ist, werden wir die Fragestellerin informieren.

zu 4.9 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr. 9 9/2007)**
Vorlage: VO/1777/2007

Auf den Anzeigetafeln im Frankfurter Hauptbahnhof und bei den Ansagen der Züge, die nach Marburg fahren, wird immer häufiger Marburg nicht genannt.

Kann der Magistrat bei der Bahn bzw. dem RMV intervenieren, dass Marburg in Zukunft immer genannt wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Magistrat hat sich beim RMV bzw. der DB im Sinne der Anfrage eingesetzt. Auch hier liegt eine Stellungnahme von dort nicht vor. Wir werden die Fragestellerin auch hierzu informieren, sobald uns Informationen zugegangen sind.

**zu 4.10 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Therre-Staal (Nr. 10 9/2007)
Vorlage: VO/1746/2007**

Wie ist der Stand der Kommunikation zwischen Stadt und Universität bezüglich des Erhalts der Religionskundlichen Sammlung mit dem Ziel, diese Kleinodien auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Die Frage unterstellt, dass die 1927 gegründete Religionskundliche Sammlung in der Neuen Kanzlei in der Landgraf-Philipp-Straße nicht öffentlich zugänglich ist. Tatsächlich wurden gerade in letzter Zeit erfolgreiche Anstrengungen in Sachen Öffentlichkeitsarbeit unternommen:

- Öffnungszeiten der ständigen Ausstellung mit 1.000 Exponaten sind Montag bis Donnerstag 9.00 - 17.00 Uhr und Freitag 9.00 -14.00 Uhr.
- Religionskundliche Sammlung, das Fachgebiet Religionswissenschaft und der Religionswissenschaftliche Medien- und Informationsdienst (REMID) präsentieren einmal im Monat die Veranstaltung „Religion am Mittwoch“ mit sehr gut besuchten Vorträgen und abendlicher Öffnung der Religionskundlichen Sammlung.
- Für Schulklassen und zur Lehrerfortbildung werden erfolgreich Sonderführungen angeboten.
- Im Internet unter www.uni-marburg.de/relsamm <<http://www.uni-marburg.de/relsamm>> werden ausführliche Informationen zur Sammlung, ihrer Geschichte, Praktikumsmöglichkeiten und Lageplan präsentiert.
- Bei der Nacht der Geisteswissenschaften am 23. November präsentiert das Fachgebiet Religionswissenschaft die Sammlung im Rahmen einer „Nacht der Götter- und Geisteswissenschaft“.

Mit dem Freundeskreis der Religionskundlichen Sammlung, der sich zwischenzeitlich presseöffentlich kritisch zur Kooperationsbereitschaft geäußert hatte, wurde ein klärendes Gespräch geführt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch Stadträtin Dr. Weinbach beantwortet.

Um 17:45 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung.

**zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 11 9/2007)
Vorlage: VO/1748/2007**

Kann man bei Bauvoranfragen - angesichts der oft unübersichtlichen Topografie in Marburg und seinen Stadtteilen und dem manchmal mangelnden Vorstellungsvermögen von uns ehrenamtlichen Politikern - die Darstellung der geplanten Gebäudegrenzen an Ort und Stelle durch ein Schnurgerüst o. ä. verbindlich vorschreiben?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Gemäß § 60 (4) HBO kann nur in besonderen Fällen zur Beurteilung der Einwirkung der baulichen Anlage auf die Umgebung und das Orts- und Landschaftsbild verlangt werden, dass die bauliche Anlage in geeigneter Weise auf dem Grundstück dargestellt wird.

Diese Forderung wird der Fachdienst Bauaufsicht dann stellen, wenn sich auf andere Art und Weise (z. B. Fotomontage oder Straßenabwicklung) kein Eindruck über die Einwirkung des Vorhabens gewinnen lässt.

Die Auswahl zwischen alternativ bestehenden Möglichkeiten hat die Bauaufsichtsbehörde auch unter Kostengesichtspunkten zu treffen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Rausch (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 12 9/2007)
Vorlage: VO/1749/2007**

Wie wird der Magistrat nach der Beschlusslage des Hessischen Landtages, den Nichtraucherschutz in den städtischen Gebäuden, in den Eigenbetrieben, den Eigengesellschaften, den Sportstätten und Bürgerhäusern der Stadt Marburg begleiten und wie kommt die Stadt Marburg ihrer Kennzeichnungspflicht nach?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Durch den Abschluss einer Dienstvereinbarung mit dem Personalrat der Stadtverwaltung Marburg hat der Oberbürgermeister bereits zum 01. Mai 2007 ein generelles Rauchverbot in den städtischen Dienstgebäuden, in denen sich Beschäftigte aufhalten, verfügt. Insofern ist durch den kürzlich erfolgten Beschluss des Hessischen Nichtraucherschutzgesetzes durch den Hessischen Landtag, das zum 1.10.2007 in Kraft tritt, für den Bereich der Stadtverwaltung Marburg hinsichtlich der Umsetzung eines generellen Rauchverbots nichts mehr zu veranlassen.

Die vom Nichtraucherschutzgesetz ebenfalls erfassten sonstigen öffentlichen Einrichtungen, Eigenbetriebe und Eigengesellschaften sind im Rahmen ihrer organisatorischen Eigenständigkeit grundsätzlich selbst für die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich. Gleichwohl wird der Magistrat zum Inkrafttreten des Nichtraucherschutzgesetzes in allgemeiner Form auf die Umsetzungspflicht auch für diese Stellen ausdrücklich hinweisen.

Hinsichtlich der im Nichtraucherschutzgesetz vorgesehenen Kennzeichnungs-

pflicht sind bereits Maßnahmen ergriffen worden, durch Schilder und Klebefolien mit Piktogrammen auf das in allen städtischen Gebäuden geltende Rauchverbot hinzuweisen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Heck (CDU) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 13 9/2007)
Vorlage: VO/1755/2007**

Zu welchem Zweck werden die umfangreichen Umbaumaßnahmen auf dem Marburger Brauerei Gelände getätigt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Auf dem Gelände der Marburger Brauerei werden keine Umbauarbeiten getätigt; hierbei handelt es sich um den Aus- bzw. Abbau weiterverwertbarer betrieblicher Einbauten und Anlagenteile.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Röhrkohl (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.14 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ulrich Rausch (Nr. 14 9/2007)
Vorlage: VO/1756/2007**

In welchen zeitlichen Abständen werden die in Marburg vorhandenen Bänke kontrolliert, gestrichen, repariert oder gegebenenfalls ausgetauscht?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur betreut im Stadtgebiet incl. der Stadtteile 1.508 Bänke. Davon befinden sich auf den Marburger Friedhöfen 347, auf Spielplätzen 172. Hinzu kommen die vom Marburger Verschönerungsverein entlang der Wanderwege betreuten ca. 150 Bänke.

Die Kontrolle der zuletzt genannten Bänke wurde auf die Praxis GmbH übertragen. Die städtischen Bänke unterliegen keinem festen Wartungsturnus. Festgestellte Mängel werden schnellstmöglich behoben. Die Bänke auf den Spielplätzen werden im Rahmen der wöchentlichen Kontrolle überprüft. Abgängige Bänke werden entsprechend der Haushaltslage durch neue ersetzt.

**zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 15 9/2007)
Vorlage: VO/1750/2007**

Trifft es zu, dass eine private Firma „Contipark International Interparking Group“ auf dem Bahnhofsvorplatz Strafmandate wegen Falschparkens aus-

stellt, und - falls ja: - wie erklärt der Magistrat diese Tatsache?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Parkplätze auf dem Bahnhofsvorplatz befinden sich im Privatbesitz der Deutschen Bahn.

Die Firma Contipark wurde von der Deutschen Bahn mit der Bewirtschaftung der Parkplätze beauftragt. Die Zahlungsaufforderungen bei unberechtigtem Parken erfolgen zivilrechtlich und nicht auf der Basis öffentlich-rechtlicher Vorschriften.

**zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling (Nr. 16 9/2007)
Vorlage: VO/1751/2007**

Wie hoch sind die Reparaturkosten für Bordsteine, die vor allem durch Anlieferfahrzeuge beschädigt wurden, seit 2000, und wie werden die Verursacher zu den Kosten herangezogen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

In den meisten Fällen treten erkennbare Schädigungen der Bordsteinanlage noch nicht bei der ersten Befahrung mit einem schweren Fahrzeug auf und in den seltensten Fällen werden tatsächlich aufgetretene Schäden von den Verursachern oder Zeugen gemeldet. Daher ist es schwierig bis unmöglich, Schäden an einer Bordsteinanlage einem konkreten Schädiger zuzuordnen und diesen auch für die Kosten der erforderlichen Reparatur heranzuziehen.

Wenn im Rahmen von Baumaßnahmen Dritter Schäden an einer Bordsteinanlage entstehen, wird die Bauherrschaft zur Schadensregulierung herangezogen. Der tatsächliche Schädiger ist auch in diesen Fällen für die Stadtverwaltung schwer zu ermitteln.

Daher können keine Kosten für die von Anlieferfahrzeugen verursachten Schäden an Bordsteinen genannt werden.

Im Übrigen treten die bekannten Schadensbilder fast ausschließlich an Betonbordsteinen auf. Daher werden vom Fachdienst Tiefbau schon seit vielen Jahren im Zuge von Neubaumaßnahmen ausschließlich Bordsteine aus Granit verbaut, die erheblich haltbarer sind.

**zu 4.17 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva-Christiane Gottschaldt (Nr. 17 9/2007)
Vorlage: VO/1764/2007**

Welche Umbau- und Renovierungsarbeiten sind bislang in der Turnhalle der ehemaligen Jägerkaserne vorgenommen worden und in welchem Zustand befindet sich die Halle jetzt insbesondere im Bezug auf die Sicherheit und Sanitäres.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Folgende Umbau- und Renovierungsarbeiten sind in den letzten Jahren durchgeführt worden:

2004

Einbau einer Umkleide für Lehrer und Mädchen im Bereich des hinteren Ausgangs.

2006

Sicherung der Hallendecke aufgrund der Prüfergebnisse „Standicherheit von Gebäuden“.

Nach der letzten Begehung durch den Gemeinde Unfallversicherungsverband entspricht der Zustand der Turnhalle den geltenden Sicherheitsvorschriften.

Die sanitären Anlagen entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen und müssen erneuert werden. In Anbetracht dieser Tatsache sollen in 2008 entsprechende Arbeiten durchgeführt werden (Sanierung der Duschräume). Die Mittel hierfür wird der Magistrat zum Haushalt anmelden.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 18 9/2007)
Vorlage: VO/1766/2007**

Hat der Magistrat in Erwägung gezogen, die Körnerstraße zu sanieren?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Körnerstraße ist in einem reparaturbedürftigen Zustand. Die gesamte Bürgersteiganlage wurde bereits in den Jahren 1986/87 komplett erneuert und mit den Anliegern abgerechnet. Die Erneuerung der Fahrbahn einschließlich Wendepplatz muss mittelfristig in Angriff genommen werden. Die umlagefähigen Kosten werden zu 75 % auf die Anlieger umgelegt.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Röder (CDU) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 19 9/2007)
Vorlage: VO/1762/2007**

Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, die Verbindungstreppe zwischen den Straßen Gabelsbergerstraße und An der Hausstatt vor Eintreten der „dunklen Jahreszeit“ zu beleuchten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Zur Verbesserung der Beleuchtung der Verbindungstreppe Gabelsberger Stra-

ße/An der Hausstatt ist die Errichtung von zwei neuen Straßenleuchten erforderlich. Die hierfür benötigten Mittel in Höhe von ca. 3.800,00 € stehen in diesem Jahr nicht mehr zur Verfügung, da die bewilligten Haushaltsmittel für die Straßenbeleuchtung bereits ausgeschöpft sind.

Die Beleuchtungssituation kann deshalb frühestens im nächsten Jahr verbessert werden.

**zu 4.20 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 20 9/2007)
Vorlage: VO/1763/2007**

Warum gibt es noch Hinweisschilder für das Europabad?

Da der Fragesteller zurzeit nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Die Hinweisschilder "Europabad" werden in der 39. Kalenderwoche vom Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg abgebaut.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.21 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 21 9/2007)
Vorlage: VO/1779/2007**

Kann der Magistrat berichten, wie die Sicherheit der Fußgänger an den neuen Übergängen der Ketzerbach gewährleistet ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die beiden Quermöglichkeiten im Bereich des Wasserbandes können von den Fußgängern praktisch wie eine Mittelinsel genutzt werden. Dadurch hat der querende Fußgänger immer nur Verkehr aus einer Richtung zu beachten.

Um die Aufmerksamkeit der Autofahrer zu erhöhen und um auf diese Querungstellen hinzuweisen, wurde der Asphalt in diesen Bereichen farblich abgesetzt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke) und Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.22 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Philipp Stompfe (Nr. 22 9/2007)
Vorlage: VO/1765/2007**

Welche nötigen und/oder zugesagten Beseitigungen von Straßenschäden mussten wegen unzureichender Mittel für die Straßenunterhaltung in 2007 bislang zurückgestellt werden und wie stellt sich der Magistrat eine Verbesserung für 2008 vor?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Kleinere Straßenschäden (Frostschäden) werden durch Vertragsfirmen nach Priorität abgearbeitet. In 2007 standen dafür Mittel in Höhe von 300.000,00 € zur Verfügung. Allerdings müssen zahlreiche Straßen im Stadtgebiet in ihrer Grundsubstanz saniert werden. Zusagen gibt es bezüglich der Sanierungszeiträume gegenüber Bürgern nicht.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Stompfe (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.23 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Barbara Ackermann (Nr. 23 9/2007)**
Vorlage: VO/1752/2007

Ist es im Anruf-Sammeltaxi-Verkehr möglich, dass Blinde mit Blindenhunden befördert werden und wenn nein, warum nicht?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Selbstverständlich ist die Beförderung von Sehbehinderten mit Blindenführhund im Verkehr des Marburger Anruf-Sammeltaxis möglich.

Dies ist so seit Einführung des AST-Verkehrs 1992 in den Tarif- und Beförderungsbestimmungen geregelt und wird in der neuen Broschüre zum AST-Verkehr erläutert.

zu 4.24 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 24 9/2007)**
Vorlage: VO/1768/2007

Der CDU Antrag, Ferienbetreuungsangebote speziell auch für Universitätsangehörige einzurichten, wurde von der rot-grünen Koalition abgelehnt; in der OP v. 14.7. wurde dennoch angekündigt, das Bündnis für Familie werde für die Herbstferien ein neues Projekt entwickeln, das „zunächst Kindern von Beschäftigten der Universität und der Stadtwerke vorbehalten ist“. Wie ist der Stand und gibt es ausreichend Ferienbetreuungsangebote für die Herbst- und Weihnachtsferien?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Rahmen der Aktion „Lokales Bündnis für Familien“ haben die Philipps-Universität und die Stadtwerke Marburg ein bewegungs- und ernährungsorientiertes Ferienangebot für junge Jugendliche in den **Herbstferien** 2007 entwickelt. Es handelt sich um ein Basketball-Camp im Zeitraum 8. bis 12. Oktober 2007, jeweils von 9.00 bis 16.00 Uhr und richtet sich an junge Jugendliche im Alter von 12 bis 15 Jahren, deren Eltern Mitglieder der Philipps-Universität oder Mitarbeiter der Stadtwerke sind.

Für beide **Herbstferienwochen** wurden mehrere, inhaltlich verschiedenartige Ferienbetreuungs- und Ferienangebote im Stadtgebiet organisiert. Die einzelnen Angebote sind an unterschiedlichen Orten im Stadtgebiet angesiedelt, z. B. im Haus der Jugend, im Kinderhaus Wehrda, im Kinder- und Jugendhaus Connex in

Marbach, im Kinder(h)ort Richtsberg, im Waldkinderhort Marburg und in der Familienbildungsstätte. Darüber hinaus bietet die Jugendförderung Marburg in den Herbstferien 2 Freizeiten an, eine im Freizeitgelände Stadtwald sowie eine Reiterinnenfreizeit bei Magdeburg. Im Mädchencafé und im Computerclub der Jugendförderung werden einige mehrtägige Kurse angeboten.

Für das Ferienbetreuungsangebot im Haus der Jugend in der ersten Herbstferienwoche in der Altersgruppe der 6- bis 10-jährigen Kinder existiert eine Warteliste.

Die Angebote für das Jahr 2007 wurden auf der Grundlage der Erfahrungen des letzten Jahres konzipiert. In den Herbstferien 2006 waren bei den geschaffenen Betreuungsmöglichkeiten nicht alle Plätze belegt worden.

Eine nochmalige Ausweitung der bisherigen Betreuungsangebote würde auf personelle Grenzen stoßen. Die pädagogisch geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ferienangeboten sind größtenteils Studierende des Fachbereichs Erziehungswissenschaften, die in den Zeiten der Oster-, Herbst- und Weihnachtsferien ihren Ausbildungsnotwendigkeiten nachgehen und nicht sehr flexibel auf Betreuungsengepässe reagieren können.

Da es für die Ferienbetreuung in den **Weihnachtsferien** eine lange Warteliste gab, wurde neben den Angeboten im Haus der Jugend und Richtsberg eine weitere Betreuung im Kinder- und Jugendhaus Connex in Marbach konzipiert.

Weitere Informationen des FD Kinderbetreuung:

Die Betreuung während der Ferienzeiten in den Tageseinrichtungen für Kinder und in der Kindertagespflege ist wie folgt geregelt:

- Die Tageseinrichtungen sind während der Sommerferien für 3 Wochen geschlossen; während dieser Zeit vertreten sich die Tageseinrichtungen gegenseitig, d. h. während die Hälfte der Tageseinrichtungen geschlossen haben, haben die anderen geöffnet. In allen übrigen Ferienzeiten sind die Tageseinrichtungen geöffnet.

- Im Kindertagespflegebereich besteht bei Ausfallzeiten ein gut funktionierendes Vernetzungssystem, so dass auch hier die kontinuierliche Betreuung gewährleistet ist.

**zu 4.25 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 25 9/2007)
Vorlage: VO/1757/2007**

Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den Behring-Nachfolgefir- men hinsichtlich betrieblicher Kindertagesbetreuung?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Seit 2006 werden Verhandlungen mit Herrn Waldschmidt von pharماسerv, der auch im Kuratorium des Marburger Bündnisses für Familie aktiv ist, über die Einrichtung einer Betriebs-KiTa am Standort Marbach geführt. Die Firma pharماسerv ist am Standort Marbach für die Planung und Vorhaltung der baulichen Infrastruktur für alle Behring-Nachfolgefir-
men zuständig. Deshalb

verhandelt der Magistrat nicht mit den Behring-Nachfolgefirmer, sondern ausschließlich mit pharinaserv, die dann die weiteren Verhandlungen und Klärungen mit den Standortfirmen führt. Im Oktober 2006 wurden die Mitglieder des Sozialausschusses im Zusammenhang mit einem Antrag der CDU über Verhandlungen mit den Behring-Nachfolgefirmer darüber informiert, dass aus verschiedenen betrieblich-organisatorischen Gründen nach Einschätzung von pharinaserv „ein Einstieg in betriebliche Kinderbetreuung am Standort Marbach erst Mitte 2007 vorangetrieben werden kann. Stadt und pharinaserv stehen im Bündnis für Familie in Kontakt und werden die Möglichkeit der Schaffung von unternehmensnahen Betreuungsplätzen im Frühjahr 2007 erneut prüfen.“ Zielsetzung der Gespräche von pharinaserv ist, die großen drei der am Standort ansässigen rd. ein Dutzend Behring-Nachfolgefirmer für die Einrichtung einer betrieblichen Kinderkrippe zu gewinnen. Deren Zustimmung ist für die Schaffung betrieblicher Betreuungsangebote zwingend erforderlich.

Diese Gespräche wurden von pharinaserv - in einem Fall mit Beteiligung von Mitarbeitern des FB Kinder, Jugend und Familie - zwischen April und Juni 2007 geführt. Das Ergebnis dieser Gespräche ist eine Zustimmung zur Schaffung einer Betriebs-Krippe. Am 5. September fand ein Gespräch aller vier Firmen mit der Jugendhilfeplanung statt, in dem die Fragen der Umsetzung konkretisiert wurden. Aktueller Stand ist: Verhandlungen über ein geeignetes Gebäude, geplant ist eine Krippe analog der Klinikums-Krippe mit bis zu 20 Plätzen in Trägerschaft eines freien Trägers und einer finanziellen Beteiligung der Behring-Nachfolgefirmer in vergleichbarer Höhe zur Klinikums-Krippe. Aktuell wird eine Entscheidungsvorlage für die jeweiligen Geschäftsführungen erarbeitet.

Daneben versucht der Magistrat, andere Firmen oder Unternehmensstandorte über die IHK sowie durch Kontakte über das Bündnis für Familie für die Schaffung von betrieblichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu gewinnen. Das im September eröffnete und in der lokalen Presse als Betriebs-KiTa vorgestellte Angebot der Firma FiNet AG im Stadtwald - es handelt sich hier um ein ergänzendes Betreuungsangebot für Kinder zwischen 1 Jahr und dem Grundschulalter an zwei Nachmittagen - wurde in Kooperation mit der Stadt Marburg geplant und umgesetzt. Die Erzieherin, die dieses Angebot betreut, ist Fachkraft in einem städtischen Kindergarten und wurde von uns vermittelt. FiNet realisiert dieses Betreuungsangebot allerdings ausschließlich mit eigenen Finanzmitteln ohne kommunale Zuschüsse.

zu 4.26 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 26 9/2007)**
Vorlage: VO/1780/2007

Trifft es zu, dass die städtische Gesellschaft GeWoBau Kauttionen ihrer Mieter bei Bankhäusern in Irland anlegt und wie steht der Magistrat dazu?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die GeWoBau Marburg-Lahn hat die Kauttionen ihrer Mieter auf einem Treuhandkonto der Aareal Bank AG gesichert. Die Aareal Bank AG ist hervorgegangen aus der ehemaligen Deutschen Pfandbriefbank AG, die ein langjähriger Partner der öffentlichen Hand und der öffentlichen Wohnungsunternehmen war und zugleich

Softwarehaus für die Wohnungswirtschaft ist.

Das Sammelkonto befindet sich in Dublin. Irland ist Mitglied der Europäischen Union, verzichtet allerdings auf die Besteuerung von Zinserträgen.

Da die Zinsen für Kauttionen weiter unter dem steuerlichen Freibetrag liegen, entfällt somit die aufwendige Erstellung von Steuerbescheinigungen. Dieser geringere Verwaltungsaufwand macht sich in höheren Zinsen bemerkbar, der in voller Höhe an unsere Mieter weitergegeben werden.

Das Treuhandkonto bei der Aareal Bank AG wurde in Abstimmung mit der Sparkasse Marburg-Biedenkopf, die Gesellschafter der GeWoBau ist, angelegt.

Um 18:17 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.

zu 4.27 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 27 9/2007)**
Vorlage: VO/1753/2007

Die Häuser rund um den Friedensplatz der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau sind unzureichend gedämmt. Vor allem in den obersten Wohnungen mit ungedämmten Decken erreichten die Heizkosten im letzten Jahr ungeahnte Höhen. Das Kreisjobcenter weigert sich für Hartz IV-Empfänger, die in diesen Wohnungen leben, die Heizkosten in voller Höhe zu übernehmen. Wie gedenkt der Magistrat den betroffenen Menschen zu helfen?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Auffällig war in der Tat, dass SGB XII-Leistungsberechtigte, die am Friedensplatz wohnen, recht hohe Heizkostennachzahlungen zu entrichten haben. Sofern dies für die Leistungsgewährung eine Rolle spielt, werden wir dies für die vergangene Heizperiode akzeptieren.

Wir gehen jedoch davon aus, dass die Wohnungsbaugesellschaft für die nächste Heizperiode einen Modus finden wird, der nicht einseitig zu Lasten der Bewohnerinnen und Bewohner ausfällt. Weiterhin gehen wir davon aus, dass sollte sich herausstellen, dass bauliche Mängel Ursache für den hohen Heizkostenverbrauch waren, die GeWoBau den Mieterinnen und Mietern durch eine Rückerstattung entgegen kommt.

Das KreisJobCenter werden wir über die auch seitens der GeWoBau eingeräumten Differenzen bei den Heizkostenabrechnungen informieren. Die Entscheidung, wie mit dieser Information umgegangen wird, liegt dann jedoch ausschließlich beim KreisJobCenter.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach

zu 4.28 **Kleine Anfragen des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 28 und 29 9/2007)**

Vorlage: VO/1767/2007

1. Von Anwohnern werden vermehrt Lärmbelästigungen aus der Jägerkaserne kritisiert, da das Nutzungsende von 22 Uhr oft nicht eingehalten wird und es sogar eine Sondergenehmigung bis 24 Uhr gebe. Welche Maßnahmen unternimmt der Magistrat kurzfristig, damit für die Anwohner ab 22 Uhr die Nachtruhe gewährleistet ist?

2. Trifft es zu, dass es wegen Überschreitens der Nutzungszeiten der Jägerkaserne nach 22 Uhr (Wohngebiet) schon mehrfach zu Polizeieinsätzen kam und wenn ja, wann wurde dem Magistrat das bekannt und warum hat er nichts unternommen?

Die Kleine Anfrage wird zusammen mit der Kleinen Anfrage Nr. 29, die den gleichen Sachverhalt betrifft, aufgerufen und durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Es hat in der zurückliegenden Zeit gelegentlich Beschwerden gegeben, denen immer sofort nachgegangen wurde.

So wurde neben den geführten Gesprächen in der 15. KW d. J. ein Ventilator zur Haspelstraße hin stillgelegt. Darüber hinaus wurde im Februar d. J. eine neue Schließanlage eingebaut, um der missbräuchlichen Weitergabe von Schlüsseln entgegen zu wirken. Weiterhin werden die Nutzer beim Abschluss eines Nutzungsvertrages darauf hingewiesen, dass bei einer Nutzung in den Abendstunden die Fenster und Türen geschlossen zu halten sind.

Aktuell sind dem Fachdienst keine Beschwerden bekannt. Über Polizeieinsätze hat der Fachdienst ebenfalls keine Erkenntnisse.

**zu 4.29 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Jannasch (Nr. 29 9/2007)
Vorlage: VO/1782/2007**

Bereits mit Frage Nr. 28 beantwortet.

**zu 4.30 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 30 9/2007)
Vorlage: VO/1781/2007**

Durch die Einwirkungen des Orkans Kyrill ist an der viel begangenen Bismarckpromenade in der Nähe der alten Richtstätte am Rabenstein ein Bereich mit einem sehr schönen Blick auf die Stadt entstanden. Kann der Magistrat durch das Aufstellen von 2 Bänken dafür sorgen, dass dort ein neuer, attraktiver Aussichtspunkt entsteht?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Richtstätte Rabenstein befindet sich nur weniger als 50 m von der beschriebenen neuen Windwurfschneise entfernt. Die Richtstätte wird vom Fachdienst Stadtgrün, Umwelt und Natur als Blickbeziehung Richtung Stadt unterhalten. In unmittelbarer Nachbarschaft eine weitere Sichtschneise freizuhalten in einem

sonst geschlossenen Waldbestand erscheint zu aufwendig. Ziel ist es, diese Schneise durch Naturverjüngung wieder zu schließen, um möglichst wenig Windangriffsfläche für die jetzt freigestellten Randbäume zu bieten. Durch die Maßnahme kann der Restbaumbestand, der bisher nicht von Sturmböen geworfen wurde, mittelfristig wieder stabilisiert werden.

Oberstes Ziel der Unterhaltung dieses Waldgürtels ist, die für das Stadtbild prägende waldartige Kulisse oberhalb der Bebauung zu stabilisieren und zu erhalten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Wölk (SPD) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.31 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 31 9/2007)**
Vorlage: VO/1769/2007

Wie viele Marburgerinnen und Marburger haben derzeit einen Stadtpass und wie viele sind davon minderjährige Kinder?

Es antwortet Stadträtin Dr. Weinbach:

Mit heutigem Datum haben 2711 Personen einen gültigen Stadtpass.
Davon sind 783 Personen jünger als 18 Jahre.
Eine weitere Binnendifferenzierung ergibt, dass von den 783 Personen unter 18 Jahren

182 Kinder bis 6 Jahre und
586 Schülerinnen und Schüler

sind. Bei der jetzt noch verbleibenden Differenz von 15 Personen unter 18 Jahren handelt es sich entweder um Jugendliche, die keine Schule mehr besuchen bzw. um Kinder und Jugendliche aus Stadtteilen, die den Stadtpass hauptsächlich z.B. für die Ferienspiele oder für den verbilligten Eintritt ins Schwimmbad einsetzen.

zu 4.32 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 32 9/2007)**
Vorlage: VO/1772/2007

Wie viele Kinder sind derzeit im dritten KiTa-Jahr, deren Eltern eine Gebührenermäßigung bzw. -befreiung erhalten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Grundsätzlich wird jedes Kindergartenkind in dem Kindergartenjahr vor der Einschulung - dies ist in den meisten Fällen das 3. Kindergartenjahr - bei einem Halbtagsplatz vollständig von den Gebühren befreit und bei einem Mittags- oder Ganztagsplatz werden die Gebühren um 100 € ermäßigt. Bei sog. „Kann-Kindern“, die vorzeitig eingeschult werden, werden die Gebühren für das letzte Kindergartenjahr rückwirkend erstattet bzw. reduziert, bei schulpflichtigen Kindern, die vom Schulbesuch zurückgestellt werden und die ein weiteres Jahr einen Kindergarten besuchen, werden die Gebühren ein weiteres Jahr erlassen.

In den Kindergärten und Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft werden z.Zt. (September 2007) 669 Kinder im Kindergartenalter betreut, wobei diese Zahl durch weitere Neuaufnahmen im laufenden Kindergartenjahr noch steigen wird. Von diesen Kindern sind 182 im letzten Kindergartenjahr und sind von Gebühren befreit bzw. zahlen nur einen reduzierten Anteil von 19 € oder 39 €. Dies entspricht einem Anteil von 27.2 % an allen Kindergartenkindern.

Die aktuellen Angaben der freien Träger über Kinder im 3. Kindergartenjahr liegen uns noch nicht vor, so dass eine genaue Angabe über die Zahl der befreiten Kinder nicht möglich ist. Es ist aber davon auszugehen, dass der städtische Anteil von 27.2 % ungefähr auch dem Anteil bei den freien Trägern entspricht.

**zu 5 Genehmigung des Jahresabschlusses 2006 des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM)
Vorlage: VO/1619/2007**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- **Der beigefügte Jahresabschluss 2006 des Dienstleistungsbetriebs der Stadt Marburg (DBM) wird beschlossen,**
- **der Jahresverlust von 966.631,88 Euro wird auf neue Rechnung vorge-tragen und**
- **der Betriebsleitung wird für das Jahr 2006 Entlastung erteilt.**

**zu 6 Entsendung eines Mitgliedes in den Beirat für Stadtgestaltung
Vorlage: VO/1719/2007**

Die Vorlage wird zurückgestellt bis zur November-Sitzung.

**zu 7 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Änderungsbeschluss für die Flächennutzungsplanänderung Nr. 23/1 Dam-mühle und Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 23/4 Dam-mühle der Stadt Marburg
Vorlage: VO/1660/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im **Übersichtsplan** gekennzeichneten Bereich wird

1. die **Änderung des Flächennutzungsplanes Nr. 23/1 „Dammühle“** in Marburg, Ortsteil Wehrshausen und Ortsteil Einhausen sowie
2. die **Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 23/4 „Dammühle“** in Marburg, Ortsteil Wehrshausen und Ortsteil Einhausen

gemäß **§ 2 Baugesetzbuch (BauGB)** beschlossen.

Anmerkung: Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes hat der Stadtverordnete Scherer (CDU) wegen möglicher Interessenkollision den Sitzungssaal verlassen.

zu 8

Bauleitplanung der Stadt Marburg

Bebauungsplan Nr. 18/8, 3. Änderung, Rentmeisterstraße

- **Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)**

- **Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB und gemäß § 81 Hessische Bauordnung (HBO)**

Vorlage: VO/1662/2007

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Die Stellungnahme der Grundstücksentwicklungsgesellschaft Fred Hofstätter, die im Namen der Lebenshilfe abgegeben wurde, wird teilweise berücksichtigt.**
2. **Der Bebauungsplan Nr. 18/8, 3. Änderung, Rentmeisterstraße der Stadt Marburg, wird einschließlich der Begründung gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.**
3. **Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 18/8, 3. Änderung, Rentmeisterstraße, werden gemäß § 81 HBO als Gestaltungssatzung für den festgesetzten Geltungsbereich beschlossen.**

zu 9

Bebauungsplan Nr. 11/5, Neubau Chemie

Vorlage: VO/1623/2007

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 11/5 „Neubau Chemie“ gemäß § 2 Baugesetzbuch

(BauGB) beschlossen.

**zu 10 Bauleitplanung der Stadt Marburg
Bebauungsplan Nr. 6/7, 1. Änderung, Gewerbegebiet Messegelände
Vorlage: VO/1679/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 6/7, 1. Änderung, „Gewerbegebiet Messegelände“, wird gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 11 BauGB beschlossen. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB aufgestellt werden.

**zu 11 Entwicklung der Philipps-Universität Marburg in der Innenstadt
Vorlage: VO/1578/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit der Philipps-Universität Marburg und dem Land Hessen die Grundlagen und Eckpunkte für einen Planungswettbewerb zur baulichen Entwicklung und städtebaulichen Einbindung der Philipps-Universität im Lahntal zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung vor Auslobung des Wettbewerbes vorzulegen. Die Marburger Öffentlichkeit soll in diesen Planungsprozess einbezogen werden.

**zu 12 Verkauf einer Teilfläche des stadt eigenen Grundstücks Ockershäuser Allee
15 in Marburg, Flur 22, Flurstück 24/5
Vorlage: VO/1669/2007**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

Das seitens der Stadt Marburg zum Verkauf ausgeschriebene Grundstück an der Ockershäuser Allee (Betriebsgrundstück) in einer Größe von ca. 1918 qm wird an

die „Ockershäuser Allee GbR“ zu einem Kaufpreis von 250,00 €/qm und zu dem zuletzt vorgestellten Nutzungskonzept veräußert.

Die Veräußerung erfolgt unter nachstehenden Auflagen:

1. Wie bei allen städtischen Grundstücksverkäufen sind ökologische und energieeinsparende Kriterien verbindlich vorzugeben. (grundbuchliche Sicherung)
2. Die Bebauung des Grundstückes muss zwei Jahre nach Abschluss der Grundstücksübertragung bezugsfertig abgeschlossen sein.
3. Wird die Ockershäuser Allee GbR aufgelöst oder die Verpflichtung für die Gebäude - vorrangig für behinderte Menschen zur Verfügung zu stehen - aufgegeben oder werden das Grundstück, Teile des Grundstückes oder wird von dem auf dem Grundstück realisierten Sonder-/ Wohnungseigentum verkauft, so ist die Preisdifferenz für die verkauften bzw. nicht mehr sozial gebundenen Grundstücksteile an die Stadt zurückzuzahlen. Die Differenz ergibt sich aus der Gegenüberstellung des Kaufangebotes von der Scheld Objekt Bau GmbH zu dem der Bauherrschaft Ockershäuser Allee GbR (Differenz von ca. 110 €/qm). Im Falle der Nichtfertigstellung der Gebäude nach zwei Jahren ist die gesamte Erwerbspreis-Vergütung an die Stadt zur Rückzahlung fällig.
4. Zur Absicherung der Sozialbindungen des Grundstückes sind die Auflagen im Grundbuch über die Laufzeit von insgesamt zwanzig Jahren, gerechnet ab der Bezugfertigstellung aller Gebäude, dinglich zu sichern.

Weiterhin bestand im Bau- und Planungsausschuss Einvernehmen, dass die Vorlage einschließlich des Beschlusses dem Haupt- und Finanzausschuss zur kommenden Sitzung vorzulegen ist.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu der vom Bau- und Planungsausschuss vorgeschlagenen Beschlussformulierung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Das seitens der Stadt Marburg zum Verkauf ausgeschriebene Grundstück an der Ockershäuser Allee (Betriebsgrundstück) in einer Größe von ca. 1918 qm wird an die „Ockershäuser Allee GbR“ zu einem Kaufpreis von 250,00 €/qm und zu dem zuletzt vorgestellten Nutzungskonzept veräußert.

Die Veräußerung erfolgt unter nachstehenden Auflagen:

1. **Wie bei allen städtischen Grundstücksverkäufen sind ökologische und energieeinsparende Kriterien verbindlich vorzugeben. (grundbuchliche Sicherung)**
2. **Die Bebauung des Grundstückes muss zwei Jahre nach Abschluss der Grundstücksübertragung bezugsfertig abgeschlossen sein.**
3. **Wird die Ockershäuser Allee GbR aufgelöst oder die Verpflichtung für die Gebäude - vorrangig für behinderte Menschen zur Verfügung zu**

stehen - aufgegeben oder werden das Grundstück, Teile des Grundstückes oder wird von dem auf dem Grundstück realisierten Sonder-/Wohnungseigentum verkauft, so ist die Preisdifferenz für die verkauften bzw. nicht mehr sozial gebundenen Grundstücksteile an die Stadt zurückzuzahlen. Die Differenz ergibt sich aus der Gegenüberstellung des Kaufangebotes von der Scheld Objekt Bau GmbH zu dem der Bauherrschaft Ockershäuser Allee GbR (Differenz von ca. 110 €/qm). Im Falle der Nichtfertigstellung der Gebäude nach zwei Jahren ist die gesamte Erwerbspreis-Vergütung an die Stadt zur Rückzahlung fällig.

4. Zur Absicherung der Sozialbindungen des Grundstückes sind die Auflagen im Grundbuch über die Laufzeit von insgesamt zwanzig Jahren, gerechnet ab der Bezugsfertigstellung aller Gebäude, dinglich zu sichern.

zu 13 **Dringlichkeitsanträge**

Es wurden keine dringlichen Anträge in die Tagesordnung aufgenommen.

zu 14 **Anträge der Fraktionen**

zu 14.1 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Einrichtung einer Jugendkulturcard
Vorlage: VO/1074/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Sozialausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung.

Die Vorlage ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Hause die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird ersucht, die Einrichtung einer Jugendkulturcard zu prüfen.

Inhalt dieser Jugendkulturcard soll zum einen ein Newsletter sein, der Jugendliche über das kulturelle Angebot in Marburg regelmäßig informiert.

Außerdem sollen Eintrittsgelder, die von der Stadt für Kultureinrichtungen erhoben werden, für die Kulturcardinhaber vergünstigt werden.

Eine Mitgliedschaft in der Stadtbibliothek könnte für Jugendliche ebenfalls über die JKC abgedeckt werden.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, spezielle Angebote über den Ver-

teiler der Kulturcard anzubieten.

**zu 14.2 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. EU-Verordnung für öffentliche Personenverkehrsdienste
Vorlage: VO/1290/2007**

Der Antrag ist bereits im Mai im Umweltausschuss beraten worden. Allerdings steht eine Stellungnahme des Hessischen Wirtschaftsministeriums noch aus.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag bis auf weiteres zurück.

**zu 14.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Alt- & Jung-Spielplätze
Vorlage: VO/1438/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Antrag wurde im Sozialausschuss wie folgt geändert:

Der Magistrat wird gebeten, entsprechend der Beratung im Seniorenbeirat und im Kinder- und Jugendparlament an zwei Orten versuchsweise entsprechende Geräte aufzustellen.

Die CDU-Fraktion hat als antragstellende Fraktion diesen geänderten Antragstext übernommen. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls den geänderten Antragstext aus dem Sozialausschuss zu beschließen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, entsprechend der Beratung im Seniorenbeirat und im Kinder- und Jugendparlament an zwei Orten versuchsweise entsprechende Geräte aufzustellen.

**zu 14.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Mobbing unter Jugendlichen
Vorlage: VO/1439/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung überweist diesen Antrag an den Jugendhilfeausschuss zur weiteren Beratung.

Die Vorlage wird insofern zurückgestellt.

**zu 14.5 Antrag der CDU-Fraktion betr. Gründerzentrum
Vorlage: VO/1440/2007**

Der Antrag ist von der CDU-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis auf Weiteres.

**zu 14.6 Antrag der Marburger Linke - Fraktion betr. Hessisches Auftragsvergabegesetz
Vorlage: VO/1565/2007**

Die Vorlage wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

**zu 14.7 Antrag der Marburger Linke - Fraktion betr. Tariflöhne in sozialen Einrichtungen
Vorlage: VO/1566/2007**

Die Vorlage wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

**zu 14.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Integrationsvereinbarung
Vorlage: VO/1580/2007**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss am 25.09.2007 beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Die Stellungnahme des Ausländerbeirates der Universitätsstadt Marburg soll in der Einladung zu dieser Sitzung mit abgedruckt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

**zu 14.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Seniorenfreundlichkeit in sämtlichen öffentlichen Bereichen und seniorenfreundliches Einkaufen in Marburg
Vorlage: VO/1612/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Der Antragstenor dieser Vorlage wurde im Sozialausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat soll bei der Landesseniorenvertretung Hessen darauf hinwirken, dass Kriterien für ein Gütesiegel "Seniorenfreundlich" entwickelt wird, das hessenweit vergeben werden kann.

2. Der Magistrat möge überprüfen, wie in sämtlichen öffentlichen Bereichen Seniorenfreundlichkeit hergestellt werden kann, beispielsweise ob die Schrift auf Schautafeln in ausreichender Größe gesetzt ist, ob die Gestaltung amtlicher Schreiben übersichtlich und groß genug ist, ob Amtsräume mit Gehhilfen respektive Rollstühlen gut erreichbar sind etc.

3. Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Seniorenbeirat der Stadt Marburg und dem Seniorenbeirat des Landkreises Marburg-Biedenkopf eine Kampagne "Seniorenfreundliches Einkaufen in Marburg" zu starten. Unternehmen, deren Einrichtung und Angebot sich an diesen Kriterien orientieren, sollen mit einem von der Stadt Marburg und dem Landkreis gemeinsam mit den Seniorenbeiräten des Landkreises und der Stadt Marburg zu vergebenden Logo ausgezeichnet werden und in Seniorenwegweisern und einschlägigen Publikationen für Seniorinnen und Senioren als "Seniorenfreundliche Geschäfte" ausgezeichnet werden.

4. Der Magistrat möge weiterhin prüfen, ob ein Wettbewerb "Service für Senioren" in Zusammenarbeit mit Verbänden ins Leben gerufen werden kann. Ziel ist es, ein weitgehend seniorenfreundliches Einkaufen und Leben in unserer Stadt zu ermöglichen. Teilnehmende sollten Geschäfte, Einkaufsmärkte und Dienstleistungsanbieter sein.

Bei dem Wettbewerb sollen neben speziell für Senioren angebotenen Dienstleistungen auch seniorenrechtliche Einkaufsmöglichkeiten prämiert werden. (Zu prämierende Serviceeinrichtungen wären beispielsweise Ruhebänke, spezielle Serviceknöpfe, größere Preisschilder, etc.)

Über die Ziffern 1 - 4 wurde jeweils separat abgestimmt. Der Sozialausschuss empfiehlt jeweils mehrheitlich die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt auch in der Stadtverordnetenversammlung über die Ziffern 1 - 4 getrennt abstimmen.

Zu Ziffer 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Gegenstimmen der FDP und der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- 1. Der Magistrat soll bei der Landesseniorenvertretung Hessen darauf einwirken, dass Kriterien für ein Gütesiegel "Seniorenfreundlich" entwickelt wird, das hessenweit vergeben werden kann.**

Zu Ziffer 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 2. Der Magistrat möge überprüfen, wie in sämtlichen öffentlichen Bereichen Seniorenfreundlichkeit hergestellt werden kann, beispielsweise ob die Schrift auf Schautafeln in ausreichender Größe gesetzt ist, ob die Gestaltung amtlicher Schreiben übersichtlich und groß genug ist, ob Amtsräume mit Gehhilfen respektive Rollstühlen gut erreichbar sind etc.**

Zu Ziffer 3.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der FDP und der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

3. **Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Seniorenbeirat der Stadt Marburg und dem Seniorenbeirat des Landkreises Marburg-Biedenkopf eine Kampagne "Seniorenfreundliches Einkaufen in Marburg" zu starten. Unternehmen, deren Einrichtung und Angebot sich an diesen Kriterien orientieren, sollen mit einem von der Stadt Marburg und dem Landkreis gemeinsam mit den Seniorenbeiräten des Landkreises und der Stadt Marburg zu vergebenden Logo ausgezeichnet werden und in Seniorenwegweisern und einschlägigen Publikationen für Seniorinnen und Senioren als "Seniorenfreundliche Geschäfte" ausgezeichnet werden.**

Zu Ziffer 4.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP und der MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

4. **Der Magistrat möge weiterhin prüfen, ob ein Wettbewerb "Service für Senioren" in Zusammenarbeit mit Verbänden ins Leben gerufen werden kann. Ziel ist es, ein weitgehend seniorenfreundliches Einkaufen und Leben in unserer Stadt zu ermöglichen. Teilnehmende sollten Geschäfte, Einkaufsmärkte und Dienstleistungsanbieter sein.
Bei dem Wettbewerb sollen neben speziell für Senioren angebotenen Dienstleistungen auch seniorenrechtliche Einkaufsmöglichkeiten prämiert werden. (Zu prämierende Serviceeinrichtungen wären beispielsweise Ruhebänke, spezielle Serviceknöpfe, größere Preisschilder, etc.)**

**zu 14.10 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. N8-Express
Vorlage: VO/1615/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antrag ist im Umweltausschuss ausführlich beraten und auf folgende Fassung abgeändert worden:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten zu prüfen, wie der N8-Express zukünftig finanziert und nach Möglichkeit gleichzeitig ausgeweitet werden kann (ein Umlauf mehr, ein Wochentag mehr).

Bei der Überprüfung des N8Express-Angebotes soll insbesondere überprüft werden,

1. ob das Angebot nicht erst nach Ende des regulären Busverkehrs beginnen sollte (etwa 0.57 Uhr am Wilhelmsplatz einsetzend)
2. ob im Gegenzug eine Fahrt gegen 4.30 Uhr angefügt werden kann
3. ob der Takt von 70- auf einen 60-Minuten-Takt durch Verkürzung der 12-minütigen Wartezeit am Rudolphsplatz geändert werden kann.
4. ob zumindest zwischen Hauptbahnhof und Südbahnhof alle Unterwegshaltestellen bedient werden können

Dazu sollen die Stadtwerke Marburg und die Konzessionsinhaberin Unicar gemeinsam mit der Stadt Marburg tragfähige Vorschläge erarbeiten.

Dabei soll auch nach Wegen gesucht werden, Werbepartner, Drittmittel oder

Sponsoren zu finden. Da die Linie auch Cölbe bedient, sollte insbesondere geprüft werden, ob der Landkreis sich ebenfalls anteilig an der Finanzierung beteiligen kann, z. B. mit Mitteln aus dem Projekt „don´t drink and drive“.

Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser geänderten Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten zu prüfen, wie der N8-Express zukünftig finanziert und nach Möglichkeit gleichzeitig ausgeweitet werden kann (ein Umlauf mehr, ein Wochentag mehr).

Bei der Überprüfung des N8Express-Angebotes soll insbesondere überprüft werden,

- 1. ob das Angebot nicht erst nach Ende des regulären Busverkehrs beginnen sollte (etwa 0.57 Uhr am Wilhelmsplatz einsetzend)**
- 2. ob im Gegenzug eine Fahrt gegen 4.30 Uhr angefügt werden kann**
- 3. ob der Takt von 70- auf einen 60-Minuten-Takt durch Verkürzung der 12-minütigen Wartezeit am Rudolphsplatz geändert werden kann.**
- 4. ob zumindest zwischen Hauptbahnhof und Südbahnhof alle Unterwegshaltestellen bedient werden können**

Dazu sollen die Stadtwerke Marburg und die Konzessionsinhaberin Unicar gemeinsam mit der Stadt Marburg tragfähige Vorschläge erarbeiten.

Dabei soll auch nach Wegen gesucht werden, Werbepartner, Drittmittel oder Sponsoren zu finden. Da die Linie auch Cölbe bedient, sollte insbesondere geprüft werden, ob der Landkreis sich ebenfalls anteilig an der Finanzierung beteiligen kann, z. B. mit Mitteln aus dem Projekt „don´t drink and drive“.

**zu 14.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Sitzgelegenheiten Südbahnhof
Vorlage: VO/1663/2007**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, sich im Gespräch mit der Deutschen Bahn AG für zusätzliche Sitzgelegenheiten am Südbahnhof einzusetzen.

**zu 14.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Krisensituationen an Schulen
Vorlage: VO/1664/2007**

Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. die antragstellende CDU-Fraktion hat den Antrag für erledigt erklärt.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 14.13 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Sorge um verurteilte Studierende
Vorlage: VO/1665/2007**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antragstext hat im Schul- und Kulturausschuss die folgende Ergänzung erhalten:

Die Stadt stellt den Studierenden für das Berufungsverfahren 1.000,00 € zur Verfügung.

Dem so geänderten Antrag sind die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen beigetreten. Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser geänderten Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Zum Verfahren spricht der Stadtverordnete Stompfe (CDU). Er weist daraufhin, dass die Ergänzung des Antrages bezüglich der 1.000,00 € in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beraten werden soll. Weiter zum Verfahren spricht der Stadtverordnete Göttling (Bündnis 90/Die Grünen). Er schlägt vor, über den ursprünglichen Teil des Antrages abzustimmen und den zweiten Teil bezüglich der Spende von 1.000,00 € an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen. Folglich gilt dieses Verfahren als vereinbart.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Dr. Röder (CDU), Weber-Hofmann (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FDP), Stompfe (CDU), Weidemann (SPD), Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Oppermann (CDU) und für den Magistrat Oberbürgermeister Vaupel.

Der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth hat im Rahmen seines Wortbeitrages das Wort "verfassungswidrige" aus dem Antrag gestrichen.

Nach Abschluss der Debatte lässt der Stadtverordnetenvorsteher über den ursprünglichen Antrag abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der anderen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Studierende der Philipp-Universität wegen einer Protestaktion gegen Studiengebühren zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Ohne in eine rechtliche Würdigung einzugehen, sehen wir die Gefahr, dass hochschulpolitisches Engagement kriminalisiert und der weitere Lebensweg gesellschaftlich aktiver junger Menschen belastet wird. Die Stadtverordnetenversammlung versichert die Verurteilten ihrer grundsätzlichen Solidarität und wünscht ihnen, dass sie sich in der Vertretung ihrer

eigenen Interessen und der Interessen ihrer Kommilitoninnen und Kommilitonen nicht entmutigen lassen.

Der zweite Teil des Antrages "Die Stadt stellt den Studierenden für das Berufungsverfahren 1.000,00 € zur Verfügung." wird einvernehmlich an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

**zu 14.14 Antrag der CDU-Fraktion betr. Missbilligung des Verhaltens von Bürgermeister Dr. Kahle im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben Am Rübenstein
Vorlage: VO/1675/2007**

Der Antrag wird zurückgestellt bis zur November-Sitzung.

**zu 14.15 Antrag der CDU-Fraktion betr. Beteiligung der Aufsichtsräte
Vorlage: VO/1682/2007**

Der Antrag wird zurückgestellt bis zur November-Sitzung.

**zu 14.16 Antrag der CDU-Fraktion betr. Unkenntnis der Dezernentin?
Vorlage: VO/1683/2007**

Der Antrag wird zurückgestellt bis zur November-Sitzung.

**zu 14.17 Antrag der CDU-Fraktion betr. Seniorenfreundlich mobil in Marburg
Vorlage: VO/1684/2007**

Der Antrag ist im Sozialausschuss zurückgestellt worden. Er soll zunächst im Seniorenbeirat und im Fahrgastbeirat beraten werden.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

**zu 14.18 Antrag der Fraktionen B 90/Die Grünen/SPD betr. Stärkung der Marburger Wochenmärkte - Probeweise Verlagerung des Wochenmarktes Firmeneplatz
Vorlage: VO/1704/2007**

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss zurückgestellt worden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag ebenfalls zurück bis zur November-Sitzung.

zu 14.19 Antrag der MBL-Fraktion betr. Reduzierung der Beleuchtung der Stadtautobahn
Vorlage: VO/1705/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Möglichkeit einer Reduzierung der Beleuchtung der Stadtautobahn mit dem Ziel der Energieeinsparung zu prüfen und möglichst zeitnah über die Prüfung zu berichten.

zu 14.20 Antrag der CDU-Fraktion betr. Busverkehr der Linie 5
Vorlage: VO/1708/2007

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Beschlusstext ist im Umweltausschuss auf folgende Fassung abgeändert worden:

Die Stadtwerke Marburg werden aufgefordert, baldmöglichst den Busverkehr der Linie 5 für den nach Ende der Baumaßnahme am Marbacher Weg gültigen Fahrplan, insbesondere im Samstagsverkehr zu überarbeiten.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtwerke Marburg werden aufgefordert, baldmöglichst den Busverkehr der Linie 5 für den nach Ende der Baumaßnahme am Marbacher Weg gültigen Fahrplan, insbesondere im Samstagsverkehr zu überarbeiten.

zu 14.21 Antrag der FDP-Fraktion betr. Bauwerterhaltung Oberstadthaus
Vorlage: VO/1712/2007

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Die Antragsteller haben den Antrag zurückgestellt bis die Dachreinigung des Gebäudes erfolgt ist. Danach kann der Antrag zurückgezogen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zunächst zurück bis zur November-Sitzung.

**zu 14.22 Antrag der MBL-Fraktion betr. Konzept für Messeveranstaltungen
Vorlage: VO/1713/2007**

Zusammen mit diesem Antrag wird der Tagesordnungspunkt 16.1 "Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2007 bis zu 1.200.00 €" aufgerufen und beraten. Der Tagesordnungspunkt 16.1 war in der August-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zurückgestellt worden um heute eine Aussprache durchführen zu können.

Zum Tagesordnungspunkt 14.22 berichtet für den Bau- und Planungsausschuss der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Stadtverordnete Götting eine Änderung des Beschlusstextes beantragt, die wie folgt lautet:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Kooperation mit dem Kreis bei entsprechender Kostenbeteiligung, mit Messe Marburg und gegebenenfalls dem Werbekreis Wehrda ein Konzept für künftige Messeveranstaltungen bzw. weitere Nutzungsmöglichkeiten des Messegeländes zu erstellen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die so geänderte Antragsfassung zu beschließen. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Dr. Uchtmann (MBL), Stompfe (CDU) und für den Magistrat Oberbürgermeister Vaupel und Bürgermeister Dr. Kahle.

Während der Aussprache hat von 20:37 Uhr bis 21:07 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die im Haupt- und Finanzausschuss geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Kooperation mit dem Kreis bei entsprechender Kostenbeteiligung, mit Messe Marburg und gegebenenfalls dem Werbekreis Wehrda ein Konzept für künftige Messeveranstaltungen bzw. weitere Nutzungsmöglichkeiten des Messegeländes zu erstellen.

zu 14.23 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Antrag Aberkennung Gemeinnützigkeit Germania

Vorlage: VO/1720/2007

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass dem Verein „Gesellschaft Germanenhaus Marburg e.V.“ die Gemeinnützigkeit aberkannt wird.

**zu 14.24 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Lernmittelfreiheit
Vorlage: VO/1726/2007**

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Severin (SPD). Im Sozialausschuss brachte die SPD einen Änderungsantrag mit folgendem Text ein:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: insbesondere bei SGB II/XII bei der Einführung einmaliger Beihilfen zum Schulbesuch; Land Hessen: u. a. bei der Überarbeitung des Katalogs Lernmittelfreiheit) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausstattung betrifft, besser gewahrt werden.
2. gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und in Kooperation mit den Marburger Schulen (Schulleitungen, Kollegien und Fördervereine) darauf hinzuwirken, dass die zusätzlichen Kosten für Schülerinnen und Schüler grundsätzlich in Grenzen gehalten und für sozial schwächere SchülerInnen verlässliche Lösungen gefunden werden, damit die Lernmittelfreiheit in Hessen auch auf dieser Ebene gewahrt bleibt.
3. Aktivitäten wie die der Marburger Tafel zu unterstützen, die Kindern aus ärmeren Familien helfen, die notwendigsten Schulausstattungen zu bekommen.
4. Bei der Konzeption von Maßnahmen auch das Kinder- und Jugendparlament und den Stadtelternbeirat und den Stadtschülerrat einzubinden.

Die Fraktion Marburger Linke bestand im Sozialausschuss jedoch auf einer alternativen Abstimmung dieses geänderten Antrages und ihres ursprünglichen Antrages.

Der Ursprungsantrag der Marburger Linken wurde im Sozialausschuss mehrheitlich abgelehnt. Der von der SPD vorgelegte Änderungsantrag wurde dagegen im Sozialausschuss angenommen.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Auch im Schul- und Kulturausschuss ist der geänderte Antrag alternativ gegenüber dem Ursprungsantrag der

Fraktion Marburger Linken abgestimmt worden. Der Ursprungsantrag wurde abgelehnt und der veränderte Antrag - dem auch die Fraktion von CDU und FDP beigetreten sind - wurde der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme empfohlen.

Der Antrag ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat ebenfalls über die ursprüngliche Fassung des Antrages und die geänderte Fassung abgestimmt. Die ursprüngliche Fassung des Antrages der Marburger Linken wurde zur Ablehnung empfohlen. Die geänderte Fassung wurde so wie im Sozialausschuss und im Schul- und Kulturausschuss zur Annahme empfohlen. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschaldt (Marburger Linke), Gottschlich (CDU), Weber-Hofmann (Bündnis 90/Die Grünen), Severin (SPD) und für den Magistrat spricht Stadträtin Dr. Weinbach.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt sodann über die verschiedenen Antragsversionen abstimmen. Zunächst wird der ursprüngliche Antrag der Fraktion Marburger Linken zur Abstimmung gestellt. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion der Marburger Linken und mit Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Sodann wird über die geänderte Antragsfassung, so wie sie vom Sozialausschuss und dem Schul- und Kulturausschuss zur Annahme empfohlen wurde, abgestimmt und zwar in Einzelabstimmung über die Ziffern 1 - 4 des Antragstextes.

Zu Ziffer 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. sich weiterhin auch auf den überregional zuständigen Ebenen (Bund: insbesondere bei SGB II/XII bei der Einführung einmaliger Beihilfen zum Schulbesuch; Land Hessen: u. a. bei der Überarbeitung des Katalogs Lernmittelfreiheit) deutlich dafür einzusetzen, dass die Interessen der Kinder aus einkommensschwächeren Familien, insbesondere was die schulische Grundausrüstung betrifft, besser gewahrt werden.

Zu Ziffer 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linken bei Zustimmung der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert,

2. gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und in Kooperation mit den Marburger Schulen (Schulleitungen, Kollegien und Fördervereine) darauf hinzuwirken, dass die zusätzlichen Kosten für Schülerinnen und Schüler grundsätzlich in Grenzen gehalten und für sozial schwächere SchülerInnen verlässliche Lösungen gefunden werden, damit die Lernmittelfreiheit in Hessen auch auf dieser Ebene gewahrt bleibt.

Zu Ziffer 3.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Nein-Stimmen der Fraktion Marburger Linken bei Zustimmung der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert,
3. Aktivitäten wie die der Marburger Tafel zu unterstützen, die Kindern aus ärmeren Familien helfen, die notwendigsten Schulausstattungen zu bekommen.**

Zu Ziffer 4.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird aufgefordert,
4. bei der Konzeption von Maßnahmen auch das Kinder- und Jugendparlament und den Stadtelternbeirat und den Stadtschülerrat einzubinden.**

zu 15 Große Anfragen der Fraktionen

**zu 15.1 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Weidenhäuser Straße 78 - 80
Vorlage: VO/1437/2007**

Die Große Anfrage ist auf Antrag der fragestellenden Fraktion Marburger Linke in die Tagesordnung aufgenommen worden. Für die fragestellende Fraktion spricht der Stadtverordnete Prof. Dr. Fülberth. Für den Magistrat spricht der Bürgermeister.

zu 16 Kenntnisnahmen

**zu 16.1 Überplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2007 bis zu 1.200.000 €
hier: Hst. 8800/9320 Grunderwerbskosten
Vorlage: VO/1582/2007**

Der Tagesordnungspunkt ist zusammen mit dem TOP 14.22 beraten worden.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt im Übrigen die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 16.2 Genehmigung des I. Nachtragshaushaltes 2007
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen
Vorlage: VO/1703/2007**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 16.3 **Außerplanmäßige Ausgabe im Vermögenshaushalt 2007**
Haushaltsstelle: 02.4640001.944000 - Umbau Zentrum für soziale Psychiatrie (ZSP)
Vorlage: VO/1710/2007

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Um 18:45 Uhr unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Begrüßung des bolivianischen Botschafters S. E. Herrn Walter Prudencio Magne Veliz, der anlässlich der lateinamerikanischen Kulturwoche im Kulturzentrum Waggonhalle die Universitätsstadt Marburg besucht. Der Botschafter spricht zur Stadtverordnetenversammlung. Der Stadtverordnetenvorsteher und der Oberbürgermeister danken für den Besuch und überreichen zur Erinnerung einen Marburg Bildband.

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird um 19:16 Uhr fortgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:40 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Becker
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge